



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

FORUM KRISTA

Ausgabe - März 2024



VORWORT

Liebe Leser,

verschaffen Sie sich mit unserem monatlichen Newsletter einen Überblick: Wir informieren Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien.

Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften und einleitenden Sätze.

Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre!

INHALT

1	Vorwort
2	Aktivitäten von KRiStA
2 - 15	Fundstücke aus den Medien
15 - 16	Aufsätze
16	Impressum

AKTIVITÄTEN VON KRISTA

22.03.2024 KRiStA: [Demonstrationsaufrufe und die Pflicht zur politischen Neutralität im Betrieb](#). Untersucht wurde, ob Arbeitgeber und Betriebsräte, die in den Betrieben ihre Mitarbeiter zur Teilnahme an diesen „Demonstrationen gegen Rechts“ aufgerufen haben hiermit die Verpflichtung zur Neutralität im Betrieb verletzt haben.



KRiStA trifft: Dr. Michael Andrick

Gesellschaft und Rechtsstaat im Moralefängnis?

Buchvorstellung und gemeinsame Betrachtungen

**Mückenschlösschen
Waldstr. 86
04105 Leipzig**

**Freitag, 26.04.2024
Beginn: 19 Uhr**

Informationen und Tickets auf www.netzwerkkrista.de
Restkarten an der Abendkasse ab 18.30 Uhr

Veranstaltung am **26.04.2024**:

[KRiStA trifft: Dr. Michael Andrick - Gesellschaft und Rechtsstaat im Moralefängnis?](#) Buchvorstellung und gemeinsame Betrachtungen.

Am Freitag, 26.04.2024 im Mückenschlösschen (Waldstrasse 86) in Leipzig.

Dr. Michael Andrick ist Philosoph und Kolumnist der Berliner Zeitung. Im Februar 2024 erschien sein neues Buch „Im Moralefängnis – Spaltung verstehen und überwinden“, das er erstmals dem Leipziger Publikum vorstellen wird. In seinem Buch beschreibt er die von ihm beobachteten Moralisierungstendenzen in der öffentlichen – und privaten – Debatte und ihre Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

01.03.2024 [Stuttgarter Nachrichten](#): Impfschaden: Der 41 Jahre alte Bürgermeister Frank Wittendorfer muss aufhören. Im 3300-Einwohner-Städtchen Oberriexingen (Landkreis Ludwigsburg) wird im Juni ein neuer Bürgermeister gewählt. Der bisherige, Frank Wittendorfer, ist nach einer Covid-Impfung dienstunfähig. Das hat das Gesundheitsamt nun bestätigt. Der Krankheitsverlauf ist so dramatisch, dass er seit Juli 2022 dauerhaft krank ist. Derzeit ist nicht absehbar, wann die vollständige Genesung eintreten wird.

01.03.2024 [Kontrafunk](#): Der Rechtsstaat: Im Rechtsfehlerstaat. Thomas-M. Seibert im Gespräch mit Gert-Holger Willanzheimer, Ulrich Fischer, Rupert Scholz und Josef Hingerl. In dieser Ausgabe beurteilt Prof. Dr. Rupert Scholz die Pläne zur Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, „rechts“ beziehungsweise der AfD einen Einfluss auf die Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts grundsätzlich zu verweh-

ren. Ulrich Fischer glossiert den Verstoß gegen politische Neutralität, wenn Arbeitgeber ihre Angestellten zur Teilnahme an Demonstrationen „gegen rechts“ auffordern. Gert-Holger Willanzheimer ist Verteidiger in der gerade durch ein Berufungsurteil beendeten Hauptverhandlung gegen Dr. Monika Jiang und berichtet von deren Verlauf und von der Ansicht des Gerichts, mithilfe einer polizeilichen Modellierung das Beweisergebnis für über 4000 Fälle angeblich unrichtiger ärztlicher Zeugnisse festzustellen. Schließlich erweitert Rechtsanwalt Dr. Josef Hingerl den Kreis der Straftäter auf alle „Impfärzte“, die nicht über Wirkung und Folgen des verwendeten Produkts aufklären konnten, und setzt sich für eine allgemeine Amnestie von Corona-Straftaten ein.

02.03.2024 [Berliner Zeitung](#): Für die Teilnehmer des rechten Treffens in Potsdam war dieses Gerichtsurteil ein Teilerfolg: Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg hat dem Rechercheportal Correctiv eine falsche Tatsachenbehauptung über den Staatsrechtler Ulrich Vosgerau untersagt. Es sei unwahr, dass dieser massenhafte Beschwerden zur Anfechtung von Wahlen empfohlen habe, so das Gericht.

02.03.2024 [Berliner Zeitung](#): Corona-Kritiker Friedrich Pürner: „Man hat versucht, mich auf Spur zu bringen“. Der bayerische Arzt Friedrich Pürner über die Schikanen, die ihm wegen seiner Corona-Kritik widerfuhren. Er wartet bis heute auf seine Rehabilitierung. Bis Ende 2020 leitete Pürner ein bayerisches Gesundheitsamt, wurde dann aber versetzt, nachdem er die Corona-Politik kritisiert hatte. Nun kandidiert Pürner für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei der Europawahl.

02.03.2023 [Cicero](#): Eine „rechtsstaatliche Sauerei“. Zu schnell kann jeder Einzelne verdächtig werden. Der deutsche Inlandsgeheimdienst hat seine Kompetenzen in gefährlicher Weise ausgeweitet. So wird der Verfassungsschutz selbst zur Gefahr für unsere Verfassung.

02.03.2024 [Norbert Häring](#): Der Soziologe und studierte Psychologe Heinz Bude war 2020 an der Entstehung des berüchtigten Angststrategiepapiers des Bundesinnenministeriums beteiligt. Auf Anforderung von Staatssekretär Markus Kerber erarbeiteten die Experten ein Horrorszenario, damit auf dessen Basis „Maßnahmen präventiver und repressiver Natur geplant werden“ konnten. Dieses Horrorszenario von über einer Million Covid-Toten ohne drastische Maßnahmen sorgte unter anderem dafür, dass die Ministerpräsidenten der Länder der Lockdown Strategie, die in keinem Pandemieplan enthalten war, ohne Widerstand zustimmten. Das Papier propagierte eine Strategie der Angsterzeugung, um die Bevölkerung gefügig zu machen, mit folgender Beispielbotschaft: „Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. (...) Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z.B. bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.“

03.03.2024 [Cicero](#): Der Wannsee-Scoop ist nun auch ganz offiziell implodiert. Die Enthüllungen des Rechercheteams von „Correctiv“ halten die Republik nun schon seit zwei Monaten in Atem. Millionen demonstrierten auf den Straßen gegen „rechts“.

In dieser Woche allerdings bestätigte „Correctiv“ vor Gericht, dass das alles gar nicht auf Tatsachen basiere.

03.03.2023 [The Epoch Times](#): Zwang als legitimes Mittel gegen „singuläre Krisen“: Prof. Heinz Bude verteidigt Corona-Maßnahmen. Nach Einschätzung des Soziologen Prof. Heinz Bude steuert Deutschland auf neue „singuläre Krisen“ zu, die sich nur durch „Zwang“ zur Konformität bewältigen lassen werden. Wie Druck aufgebaut werden kann, weiß Bude nicht erst seit seiner Zeit in der COVID-19-Task-Force des BMI. „Wir mussten [...] ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen“, erklärte Bude seine damalige Aufgabe. Dieses Modell sollte „so'n bisschen wissenschafts-ähnlich“ sein. Daraufhin sei man in der Gruppe auf die „Formel ‚Flatten the Curve‘“ („Die Kurve abflachen!“) gekommen: Den Kniff, auf diese Weise an die Bereitschaft der Menschen zu appellieren, sich „diszipliniert“ zu verhalten, hätten die Task-Force-Mitarbeiter „irgendwie toll“ gefunden. Den Slogan selbst habe man „von einem Wissenschaftsjournalisten“ „geklaut“.

05.03.2024 [Berliner Zeitung](#): Wie eine Corona-Impfung das Leben einer jungen Frau zerstörte. Nele (29) liegt auf einer Berliner Intensivstation. Die Ärzte können ihr nicht mehr helfen. Die Familie wird allein gelassen. Über die Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Es gibt drei medizinische Gutachten, die belegen, dass Nele Hüneckes kritischer Zustand auf die Impfung zurückzuführen ist. „Dennoch wird so getan, als hätte das nichts miteinander zu tun“, sagt ihre Mutter. Und dann erzählt sie, wie es dazu kam, dass aus einer jungen, aktiven Frau ein Pflegefall wurde. Es ist eine tragische Geschichte. Sie handelt von einem Impfschaden und der fehlenden Bereitschaft der Behörden, ihn als solchen anzuerkennen. Die Geschichte zeichnet kein gutes Bild von der Aufarbeitung der Corona-Pandemie in Deutschland. Sie spricht nicht für die Bereitschaft staatlicher Stellen, Lehren aus den drei Jahren zu ziehen,



damit sich begangene Fehler in der nächsten gesundheitlichen Krise nicht wiederholen. Sie spricht nicht für die Politik, die diesen Prozess anstoßen, die ihn forcieren und moderieren müsste.

06.03.2024 [WELT](#): Ampel-Plan: Wenn Kritik bis zu 10.000 Euro kostet. Die Ampel-Koalition will bestimmte, ihr unliebsame Meinungsäußerungen künftig ebenso durch hohe Bußgelder sanktionieren wie Tatsachendarstellungen. Das ist grob verfassungswidrig.

06.03.2024 [Paul Brandenburg](#): Künstliche Intelligenz: Impfbetrug war nur der Anfang – Tom Lausen im Gespräch. Mit amtlichen Daten beweist Tom Lausen immer wieder: der deutsche Staat betrügt (auch) bei „Corona“ und „Impfung“ systematisch. Selbst die behördlichen Angaben angeblicher Impfquoten unter Krankenhauspatienten – das kann Lausen heute belegen – waren reine Lügen. Gemeinsam mit seiner Frau hat der Datenanalyst in den vergangenen Monaten recherchiert, wie künstliche Intelligenz für diesen Betrug eingesetzt wird. Im April erscheint dazu ihr neues Buch: „Die Untersuchung“. Aus ihm berichtet Tom Lausen im Gespräch exklusiv und erklärt, wie Staatsmacht und Konzernen mit „ChatGPT“ & Co. die Manipulation praktisch aller öffentlichen Debatten gelingt.

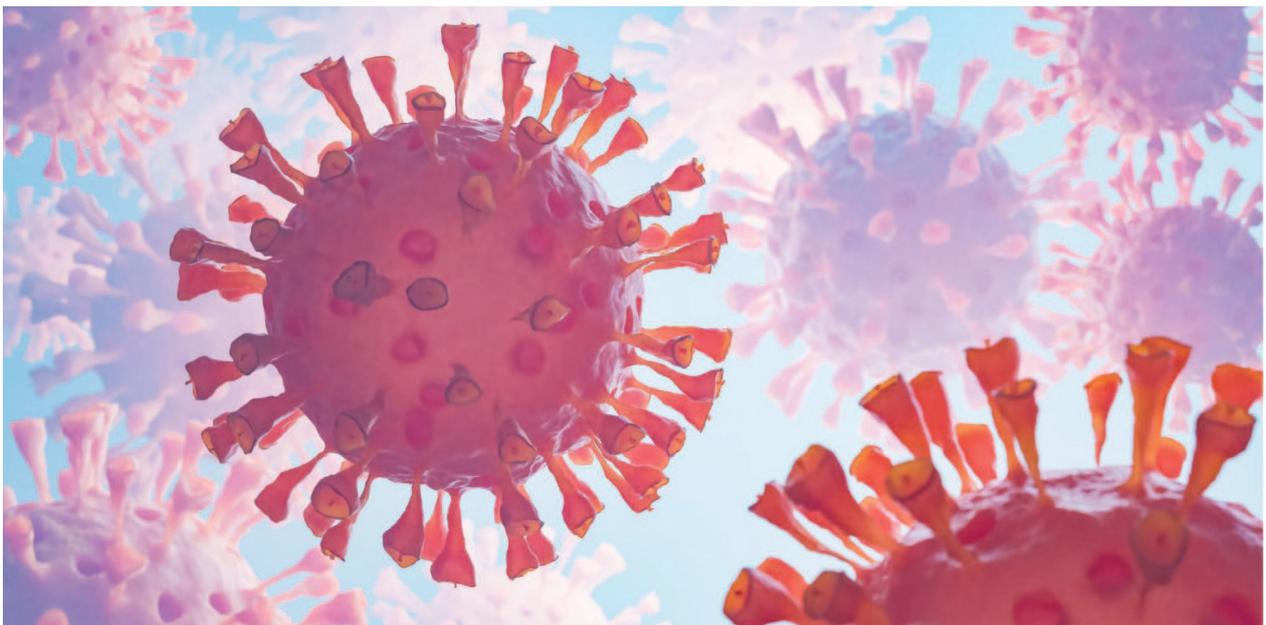
07.03.2024 [WELT](#): Postenvergabe in NRW-Justiz: SPD, FDP und die Neue Richtervereinigung NRW forderten Limbachs Rücktritt, mit der Begründung, dass der Grünen-Politiker „massiv persönlich Einfluss“ auf die Besetzung des Präsidentenamtes am Oberverwaltungsgericht Münster genommen habe.

07.03.2024 [dbb](#): Landesregierung in Schleswig-Holstein plant Auflösung des Versorgungsfonds. Die Landesregierung plant die Auflösung des Versorgungsfonds, um mit fast einer Milliarde Euro daraus Haushaltslöcher zu stopfen. „Der Versorgungsfonds entpuppt sich damit als erneuter Beutezug bei den Beamtinnen und Beamten zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung“, kritisierte der dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp am 5. März 2024. Zum Hintergrund des Versorgungsfonds: Der Versorgungsfonds wurde aus reduzierten Anpassungen der Besoldungs- und Versorgungsbezüge finanziert. Diese haben sich nach mehreren Schritten mit jeweils 0,2 Prozentpunkten im Jahr 2017 auf 2 Prozent summiert. Mit dem ein Jahr später in Kraft getretenen Versorgungsfondsgesetz wurde mit Blick auf die dauerhafte Wirkung der Einschnitte die Grundlage für die jährliche Aufstockung der Rücklagen geschaffen. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass die Mittel des Versorgungsfonds an die Beamtinnen und Beamten zurückfließen, indem Spitzen der Versorgungskosten und damit verbundene Haushaltsbelastungen abgedeckt werden. Für die Kommunen wurde ein separater Fonds eingerichtet, zu dessen Zukunft noch keine Aussagen vorliegen.

08.03.2023 [Achgut](#): Bundesrechnungshof delegitimiert Habeck, Müller und Energiewende. Das Fazit des Berichtes: „Energiewende nicht auf Kurs. Deutschland verfolgt sehr ambitionierte Ziele für die Energiewende. Diese ist jedoch nicht auf Kurs, sie hinkt ihren Zielen hinterher. Die Bundesregierung muss umgehend reagieren, um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung zu gewährleisten“. „Der Bundesrechnungshof bewertet die Annahmen im Monitoring zur Versorgungssicherheit als wirklichkeitsfremd. Das Ergebnis ist ein unwahrscheinlicher „Best-Case“. Vielmehr muss auch der Eintritt der Grundannahmen u.a. zum Ausbau

der erneuerbaren Energien und der Netze mit verschiedenen Wahrscheinlichkeiten in die Berechnungen einfließen. Weder der Ausbau der erneuerbaren Energien noch der Stromnetze ist auf dem Zielerreichungspfad. Das BMWK hat es hingenommen, dass Gefahren für die Versorgungssicherheit nicht rechtzeitig sichtbar und Handlungsbedarfe zu spät erkannt werden. Damit wird der Zweck des Monitorings als Frühwarnsystem zur Identifizierung solcher Handlungsbedarfe derzeit faktisch ausgehebelt“.

08.03.2024 [DER SPIEGEL](#): Das Spaltvirus: Vor vier Jahren breitete sich Covid-19 weltweit aus. Wie kaum ein anderes Thema hat die Coronapolitik von Bund und Ländern die Gesellschaft polarisiert. Welche Fehler wurden gemacht, was sind die Lehren? Eine Bilanz.



09.03.2024 [WELT](#): Patientenschützer fordern Aufarbeitung der Corona- Politik. Bei der Aufarbeitung von Fehlern der Corona-Politik fordert die Deutsche Stiftung Patientenschutz einen Fokus auf Pflegeheime.

10.03.2024 [SonntagsZeitung](#): Widerstand gegen neue Abkommen. Diktiert uns die WHO künftig die Pandemie-Maßnahmen? Die Weltgesundheitsorganisation will für Pandemien besser gewappnet sein. Gegner befürchten einen Einschnitt in die Schweizer Souveränität – mit gravierenden Folgen.

10.03.2024 [Politik kompakt](#): WAHNSINN! ZDF zerlegt Nancy Faeser in neuem Beitrag! Bei ZDF - Berlin direkt hat man sich Innenministerin Nancy Faeser und den Verfassungsschutz vorgenommen, die mit immer stärkeren, undemokratischen Maßnahmen oder auch Gesetzen (Demokratiefördergesetz usw.) versuchen die Opposition, darunter CDU/CSU, AfD oder auch Werteunion zu unterdrücken.

11.03.2024 [Tichys Einblick](#): Endlich: ZDF legt sich mit Faeser, Paus und Haldenwang an. In seiner Sendung „Berlin direkt“ knöpft sich das ZDF endlich die Gesetzesvorhaben der Ministerinnen Faeser und Paus vor. Es kommen besorgte Verfassungsrechtler und kritische Politiker zu Wort. Was aber nicht zur Sprache kommt: Mit dem

„Demokratiefördergesetz“ würden dreistellige Millionenbeträge an linke NGOs fließen.

11.03.2024 [Cicero](#): Die Causa Corona VII: Ausnahme als Rechtsform der Krise. Der Begriff des Ausnahmezustands wird von Juristen normalerweise abgelehnt. Wie soll man aber sonst die Erscheinungsformen des Pandemierechts erklären? Ein Beitrag zu einer juristischen Fehlerkultur.

12.03.2024 [FOCUS Online](#): Ist der Krieg in der Ukraine schon bald vorbei? Die Anzeichen verdichten sich, dass der Westen den Krieg als verloren sieht und versuchen wird, sich mit Wladimir Putin zu arrangieren. Sechs Indizien sprechen dafür. 1. Die Ukraine ist ein erschöpftes Land, 2. Russland: Westliche Isolationsstrategie gescheitert, 3. America first – Ukraine last, 4. Scholz: Bis hierher und nicht weiter, 5. Das konservative Lager ist gespalten, 6. Wirtschaft setzt auf das Geschäft mit dem Wiederaufbau.

12.03.2024 [Tichys Einblick](#): Post-Demokratie: Das rechte Tabu. Um die Demokratie ist es nicht gut bestellt. Während die Linke Demokratiekampagnen führt, treibt sie den Abbau demokratisch-partizipativer Strukturen voran und monopolisiert den Diskurs über die Gestaltung der Zukunft. Aber kann die uns bekannte Massendemokratie überhaupt gerettet werden?

13.03.2024 [The Epoch Times](#): Forscher aus Deutschland und den USA berichten, dass mRNA-Impfstoffe das Erbgut in menschlichen Krebszelllinien verändern können. Ihre Erkenntnisse wecken neue Bedenken hinsichtlich möglicher Risiken von COVID-19-Impfstoffen und weisen auf die Notwendigkeit weiterer Studien zur Sicherheit und Langzeitwirkungen der Impfungen hin.

13.03.2024 [Deutschland Kurrier](#): „Neue Zürcher Zeitung“ fordert: Der deutsche Verfassungsschutz sollte abgeschafft werden! Der deutsche Verfassungsschutz passe nicht zu einer liberalen Demokratie – es sei höchste Zeit, ihn abzuschaffen, meint



der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ), Oliver Maksan. In einem bemerkenswerten Leitartikel vor dem Hintergrund des aktuellen Rechtsstreits zwischen AfD und Verfassungsschutz um die Beobachtung der Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln kritisiert das liberal-konservative Schweizer Leitmedium, dass der deutsche Inlandsgeheimdienst längst zu

einem politischen Akteur geworden sei. NZZ-Redakteur Maksan schreibt einleitend: „Deutschland begreift seinen Inlandgeheimdienst als demokratisches Frühwarnsystem, das weit vor jeder Straftatanschlägt. Damit geht die Bundesrepublik einen autoritären Sonderweg. Sie sollte ihn schleunigst beenden, will sie die Demokratie nicht weiter schwächen.“

14.03.2024 [Cicero](#): Der Geheimdienst und die AfD. Man muss die AfD weder mögen noch wählen. Aber sie hat Anspruch auf einen fairen, gleichberechtigten Wettbe-

werb im Wahlkampf, damit am Ende der Wähler entscheiden kann. Das ist in einer Demokratie so.

14.03.2024 [Manova](#): Übereilte Machtergreifung. Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV/IHR) sollen in der 77. World Health Assembly (WHA, auf Deutsch: Weltgesundheitsversammlung) Ende Mai 2024 geändert werden. Die Verwaltungsjuristin und Gründerin der „Global Health Responsibility“ schrieb jüngst einen offenen Brief an den Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Darin macht sie ihn darauf aufmerksam, dass die WHO offensichtlich plant, internationales Recht zu brechen, und dass die Organisation und ihre handelnden Personen dafür zur Verantwortung gezogen werden können.

14.03.2024 [WELT](#): „Klimagerechtigkeit“: Wie der Ethikrat zum Aktivistenrat wurde.

15.03.2024 [Manova](#): Das Phänomen der Massenformation. Mit den Protesten „gegen rechts“ wollen die Teilnehmer auch kaschieren, dass sie in der Coronazeit beim Schutz der Demokratie versagt haben.

15.03.2024 [WELT](#): Die Verharmlosung des deutschen Corona-Irrsinns. Kurz vor den Wahlen des Jahres 2024 gestehen Politiker von Karl Lauterbach bis Horst Seehofer auf einmal Fehler im Umgang mit Corona ein.

16.03.2024 [Tichys Einblick](#): Staatsrechtler Murswiek: Den 13-Punkte-Plan von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und ihr Ziel, gegen Personen und Organisationen schon vorzugehen, wenn sie nur ein „Gefährdungspotenzial“ aufweisen, hält der Staatsrechtler Dietrich Murswiek für rechtswidrig und einen Eingriff in Grundrechte. Zudem kritisiert Murswiek, dass der Verfassungsschutz aktuell seine Befugnisse überschreitet. Er sei für den Schutz der Verfassung und nicht für ein „Staatswohl“ zuständig.

16.03.2024 [WELT](#): Der Anwalt, der die Impfstoff-Hersteller vor Gericht bringt. Marco Rogert macht sich zum Anwalt der Impfgeschädigten.

17.03.2024 [LTO](#): Sozialkredit statt Rechtsstaat. Wenn Computer eine Gesellschaft zusammenhalten.

17.03.2024 [ZEIT](#): Wir sind verletzlich. Macht uns das unfrei? Unsere Gesellschaft folgt mehr und mehr dem Ideal, dass Menschen schutzbedürftige Mängelwesen sind. Doch damit beschreitet sie einen gefährlichen Weg.

19.03.2023 [tagesschau](#): Gegen den rechtsextremen Vordenker Sellner ist ein bundesweites Einreiseverbot erlassen worden - auf Betreiben der Stadt Potsdam. Dort hatte sich der Österreicher im November in einer Villa mit anderen Rechtsextremen getroffen. Sellner war laut Recherchen des Netzwerks „Correctiv“ Redner bei dem Potsdamer Geheimtreffen von AfD-Mitgliedern und Rechtsextremen im November 2023, bei dem die massenhafte Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland besprochen worden sein soll. Der Bericht hatte zahlreiche große Demonstrationen gegen Rechtsextremismus zur Folge.



19.03.2024 [Tichys Einblick](#): Verfassungsschutzbeschwerden Klimaschutzgesetz, Rechtsbeugung am Bundesverfassungsgericht? Das Gericht stellte in dem Beschluss vom 24.03.2021, Az. 1 BvR 2656/18, 1 BvR 288/20, 1 BvR 96/20 und 1 BvR 78/20 fest, dass Deutschland bei den CO₂-Emissionen weltweit nur für etwa 2 Prozent aller Emissionen verantwortlich ist. Nach bisheriger Rechtsprechung war Art. 20a GG lediglich ein Staatsziel, das der Gesetzgeber zwar berücksichtigen sollte, das aber niemals zur Einschränkung von Grundrechten herangezogen werden konnte. In der Entscheidung vom 24.03.2021 wurde plötzlich Art. 20a GG als Rechtsgrundlage herangezogen, um selbst Grundrechte einzuschränken. Die Berichterstatterin der damaligen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war Frau Prof. Dr. Gabriele Britz. Frau Britz war verheiratet mit Dr. Bastian Bergerhoff. Der war u.a. Vorstandssprecher der Grünen in Frankfurt a.M., Schatzmeister und Beisitzer im Landesvorstand des Landesverbandes der Grünen in Hessen und Spitzenkandidat der Grünen.

19.03.2024 [DER SPIEGEL](#): Geldstrafe für Soldat nach verweigerter Coronaimpfung. Trotz Vorschrift wollte sich ein Bundeswehrsoldat 2022 nicht gegen Corona impfen lassen – aus Sorge vor Nebenwirkungen, wie er vor Gericht erklärte. Nun muss er rund 4000 Euro Strafe zahlen. Laut Urteil war der Impfbefehl rechtmäßig. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, möglich ist eine Revision zum Obersten Landesgericht. Das Gericht hob mit seiner Entscheidung ein Urteil des Amtsgerichts Bad Kissingen aus dem Juli auf, das den Soldaten vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung freigesprochen hatte. Das Amtsgericht begründete seine Entscheidung damals unter anderem damit, dass der Befehl zur Impfung im März und Juli 2022 nicht mehr verhältnismäßig gewesen sei.

19.03.2024 [Cicero](#): Das Mädchen und die Meinungsfreiheit. Eine Schülerin veröffentlicht Posts mit politischem Inhalt. Daraufhin wird sie von der Polizei ermahnt. Der Fall wirft ein Schlaglicht auf den ungunstigen Zustand, in dem sich Deutschland befindet. Nicht zuletzt geht es darum, dass Einschüchterungen Gift für die Meinungsfreiheit sind. Nach neueren Umfragen sind nur 40 % der Meinung, sie könnten sich frei äu-

Bern. Für eine Demokratie ist das ein erschreckender Befund. Die Freiheit – auch und gerade die Meinungsfreiheit – stirbt zentimeterweise. Und mit der Freiheit stirbt die Demokratie.

19.03.2024 [tkp](#): Kanada verknüpft Bankkonten der Bürger mit Sozialkreditsystem.

20.03.2024 [Tichys Einblick](#): Landtagswahlen im Osten: Die CDU bereitet sich auf eine Koalition mit den Linken vor.

20.03.2024 [tkp](#): Wieder Freispruch eines Arztes in Prozess wegen Maskenattesten. Der Arzt Dr. Franz G. wurde am Montag vor dem BG Fürstenfeld (in I. Instanz) vom Vorwurf der Beweismittelfälschung in 588 Fällen in der dritten fortgesetzten Hauptverhandlung freigesprochen, da der Schuldbeweis nicht erbracht werden konnte. Ausschlaggebend für den Freispruch war auch der Umstand, dass der Richter unter anderem der Verteidigungslinie folgte, dass ein Verstoß gegen § 55 ÄrzteG lediglich ein Verwaltungsdelikt darstellt, aber keine strafrechtliche Relevanz nach dem StGB hat. Aufgrund seiner sehr langen Erfahrung als Arzt und seiner maskenspezifischen Recherchearbeit und der sich daraus entwickelten ärztlichen persönlichen Überzeugung war ihm seine medizinische Meinung über Masken (kein Virenschutz aber Gesundheitsgefahr im Alltagsgebrauch) als vertretbare medizinische Ansicht, sohin rechtmäßige Meinungsäußerung in Form von Maskenbefreiungsbestätigungen (Ausnahmebestätigungen) zuzubilligen und diese sohin zu akzeptieren. Weder der objektive Tatbestand (inhaltlich falsche Atteste) noch die subjektive Tatseite (Vorsatz) zur Herstellung von Lugurkunden im Sinne des § 293 StGB ist für den Richter als erwiesen anzusehen.

20.03.2024 [Multipolar](#): Mehr als tausend Passagen geschwärzt: Multipolar veröffentlicht freigelegte RKI-Protokolle im Original.

20.03.2024 [Rhein-Neckar-Zeitung](#): In der Heidelberger Gemeinderatssitzung am 09.12.2021 sagte der AfD-Stadtrat in der Diskussion um Impf- und Testangebote beim „Feierbad“: „Bisschen abweichend davon möchte mich bei K (CDU-Stadtrat) bedanken, weil in der letzten Ausschusssitzung, wo wir gemeinsam in Präsenz waren, saß der K. mit leichten Erkältungssymptomen und hat sich einen Tee gekocht und getrunken. Fünf Tage später habe ich endlich meine Status „Bürger Erster Klasse“ bekommen, ich hatte nämlich Corona. Und deswegen, herzlichen Dank, Herr K.“

20.03.2024 [Tagesspiegel](#): Camper beschimpfen Drogen : Ohne Aufarbeitung der Corona-Politik kann die Gesellschaft nicht heilen.

21.03.2024 [Cicero](#): Deutschland diskutiert über fünf läppische Euro, die es vom Robert-Koch-Institut per Post gibt. Weit wichtiger wäre eine Debatte über die Milliarden, die das RKI möglicherweise durch fahrlässige Politikberatung verpulvert hat. Freigelegte Akten lassen Schlimmes befürchten.

22.03.2024 [WELT](#): Corona-Aufarbeitung. „Wir haben gesagt, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen“. Der Soziologe Heinz Bude war Mitverfasser des Strategiepapiers des Bundesinnenministeriums und erklärt, wie es dazu kam.

22.03.2024 [Neue Zürcher Zeitung](#): Weltweiter Pandemievertrag: Es macht sich Angst vor einer WHO-Superbehörde breit. Ende Mai will die Weltgesundheitsorganisation zwei Abkommen verabschieden, um gegen Pandemien künftig besser gewappnet zu sein. Im eidgenössischen Parlament mehren sich die Stimmen, die das Geschäft nicht dem Bundesrat überlassen wollen. Die WHO, je nachdem auch der WHO-Generaldirektor allein, soll künftig einen Gesundheitsnotstand schon dann ausrufen können, wenn eine potenzielle Gefahr droht – und nicht mehr erst dann, wenn eine Notlage festgestellt wird. Weiter sollen die Mitgliedstaaten die WHO ausdrücklich als leitende und koordinierende Autorität anerkennen und sich verpflichten, deren Empfehlungen zu folgen. Auch wird vorgeschlagen, dass die Umsetzung der WHO-Vorschriften neu den Prinzipien der Gerechtigkeit und Inklusion verpflichtet ist, während der heutige Hinweis auf die Respektierung grundlegender Freiheitsrechte gestrichen werden soll. Hinzu kommen Anträge, dass die Staaten „falsche“ oder „irreführende“ Informationen in Krisenlagen bekämpfen sollen, was man als Aufruf zur Zensur verstehen kann.



22.03.2024 [Telepolis](#): Covid-19 und die Laborthese: Was schulden die USA der Welt nach der Pandemie? Die Summe der Beweise weisen darauf hin, dass die USA ein gefährliches GoF-Forschungsprogramm finanziert und umgesetzt haben, das zur Entstehung von Sars-CoV-2 und dann zu einer weltweiten Pandemie geführt haben könnte.

22.03.2024 [Deutscher Bundestag](#): Anlass der Aktuellen Stunde war ein Polizeieinsatz an einem Gymnasium in Ribnitz-Damgarten, bei dem es um Inhalte in den sozialen Medien ging. Ende Februar hatte der Schulleiter des Gymnasiums die Polizei ver-

ständig, nachdem er Hinweise erhalten hatte, eine 16-Jährige verbreite rechtsextreme, mutmaßlich staatschutzrelevante Inhalte in sozialen Medien. Der Verdacht bestätigte sich nicht, die Polizei ließ das Mädchen jedoch für ein Aufklärungsgespräch aus dem Unterricht holen.

23.03.2024 [Nordkurier](#): Die Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert Koch-Instituts sollten geheim bleiben. Journalisten haben sie nun freigelegt und veröffentlicht. Die Unterlagen werfen viele Fragen auf. Am 17. März 2020 wurde die Risikoeinschätzung für die Gesundheit der Deutschen in Zusammenhang mit dem sich ausbreitenden Corona-Virus von „mäßig“ auf „hoch“ heraufgesetzt. Multipolar zieht daraus folgenden Schluss: „Die Behauptung, das RKI habe die Hochstufung – und damit die Grundlage für Lockdown und Ausnahmezustand – auf Basis wissenschaftlicher Beratungen getroffen, ist nicht länger haltbar. Die Hochstufung erfolgte abrupt, ohne dokumentierten Diskussions- und Beratungsprozess, auf Anweisung eines ungenannten Akteurs.“

23.03.2024 [Berliner Zeitung](#): Corona vor Gericht: Wird erster Kritiker wegen einer „Feindesliste“ verurteilt? Ein Twitter-User hatte 25 Zitate gepostet, die sich gegen Impf-Skeptiker gerichtet hatten, wie etwa folgende: „Wer sich nicht impfen lässt, ist ein Idiot.“ „Ungeimpfte Patienten bitten wir, außerhalb der Praxis zu warten.“ „Bei steigenden Inzidenzen führen wir bei ungeimpften Patienten vorerst keine Vorsorgeuntersuchungen durch.“ „Lasst uns Impfverweigerer mit dem Blasrohr jagen, Waidmanns Heil!“ steht vor Gericht, weil er gegen die Schlagzeile „Lasst uns Impfverweigerer mit dem Blasrohr jagen, Waidmanns Heil!“ polemisiert hat. Zwei Tage nach Veröffentlichung



ein Idiot.“ „Ungeimpfte Patienten bitten wir, außerhalb der Praxis zu warten.“ „Bei steigenden Inzidenzen führen wir bei ungeimpften Patienten vorerst keine Vorsorgeuntersuchungen durch“. „Lasst uns Impfverweigerer mit dem Blasrohr jagen, Waidmanns Heil!“ steht vor Gericht, weil er gegen die Schlagzeile „Lasst uns Impfverweigerer mit dem Blasrohr jagen, Waidmanns Heil!“ polemisiert hat. Zwei Tage nach Veröffentlichung

des Posts verfasst die Polizei Köln eine Strafanzeige gegen MicLiberal und warf ihm den Verstoß gegen die 2021 neu in Kraft getretene Vorschrift des Paragraphen 126a Strafgesetzbuch (StGB) wegen der angeblichen Erstellung einer „Feindesliste“ vor. Die Staatsanwaltschaft Köln erhob Anklage. Die Anklage liegt der Berliner Zeitung vor. Die Staatsanwaltschaft argumentierte, dass MicLiberal die Sicherheit der Verfasser der Schlagzeilen gefährde, weil die Personen im Umfeld der Tweets als „Täter“ bezeichnet und in die Nähe des „Faschismus“ gerückt worden seien. Die Staatsanwaltschaft scheiterte mit ihrem Ansinnen vor dem Amtsgericht Köln. Die Richterin hielt den Tatbestand für nicht erfüllt und lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. Anders als das Amtsgericht sah das Landgericht Köln die Zitatsammlung als geeignet an, die genannten Personen der Gefahr einer gegen sie gerichteten Straftat auszusetzen.

24.03.2024 [Cicero](#): Nancy Faeser - Bourgeois im Staatsamt; Vom Demokratiefördergesetz zum Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus: Wir blicken auf ein Land,

in dem das Verfassungsdenken in höchsten Ämtern bereits ein gutes Stück erodiert ist. Es droht die Aushöhlung der Verfassung aus ihrem Innersten heraus.

23. und 24.03.2024 [Fahrenbacher Corona- WHO- und Klimawandel- Symposium](#) (Referenten: Tom Lausen, Dr. Gunter Frank, Dr. Hingerl, Jürgen Müller, Chris Moser, Dr. Beate Pfeil, Dr. Steiner)

25.03.2024 Presseerklärung der [Anwälte für Aufklärung](#): Der ausschließliche Maßstab für das Wirken der AfA ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört eine demokratische Meinungs- und Willensbildung in einem offenen Diskurs. Ein solcher muss gerade auch jetzt möglich sein, wo es darum geht, inwieweit die vorgesehenen Regelwerke der WHO die verfassungsmäßig garantierten Rechte wie nebst der Meinungsfreiheit etwa die staatliche Souveränität, die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit der Wissenschaft einzuschränken drohen. Meinungen, die abseits des zunehmend verengten Meinungskorridors stehen, unterbinden zu wollen, ist zu tiefst undemokratisch. Wir wehren uns entschieden gegen alle Einschüchterungsversuche und werden unsere Aufklärungsarbeit unbeirrt fortsetzen.

25.03.2024 [FOCUS online](#): Gastbeitrag von Wolfgang Kubicki. In Wahrheit gab es zwei Lothar Wielers - die RKI-Protokolle sind nur der Anfang. Das RKI war in der deutschen Öffentlichkeit zu Pandemie-Zeiten sakrosankt. Wer es kritisierte, dem wurde „Wissenschaftsverachtung“ vorgeworfen. Jetzt wird klar: Eine damalige Grundrechtseinschränkung basierte entweder auf mathematischer Unkenntnis – oder auf einer Lüge.

25.03.2024 [SWR](#): Vier Jahre nach erstem Corona-Lockdown: Diese Spuren haben die Ausgangssperren hinterlassen. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat sich mit den gesellschaftlichen Folgen der Pandemie befasst. Das Ergebnis ist ernüchternd: Der gesellschaftliche Zusammenhalt sei in Baden-Württemberg in der Pandemie deutlich zurückgegangen. Vor allem für jüngere Befragte habe sich die Situation durch die Pandemie verschlechtert.



27.03.2027 [The Epoch Times](#): Dr. Pfeil zum WHO-Pandemievertrag: „Unsere gesamte Werteordnung steht auf dem Spiel.“ Im Mai will die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über den Pandemievertrag abstimmen lassen. Welche Risiken er für Deutschland beinhaltet, erklärt Dr. Beate Pfeil im Interview mit Alexander Zwieschowski.

27.03.2024 [SWR](#): Ärzte und Pandemiebeauftragte Federle: Politik will Impfrisiken nicht aufklären. Es ist frustrierend für den Kardiologen Christian Eick aus Rottenburg und für eine Gruppe kritischer Ärzte und Wissenschaftler aus Tübingen: Seit drei Jahren werde gegen Corona geimpft – gleichzeitig sei über Impfnebenwirkungen und Impfschäden weiter viel zu wenig bekannt. Eick und auch die Tübinger Pandemiebeauftragte Lisa Federle erheben einen alarmierenden Vorwurf: Die Politik habe offenbar kein Interesse daran, die Impfrisiken transparent zu machen. Sie weigere sich, entsprechende Daten zu erheben – obwohl das möglich wäre. Ein Vorwurf, mit dem sie nicht allein sind. Woran lag es, dass 2021 und 2022 mehr Menschen gestorben sind als 2020? Diese Frage entzweit Wissenschaftler. Manche sagen, dass die Corona-Impfung der entscheidende Faktor gewesen sei. Andere sehen eine Vielzahl von möglichen Ursachen - etwa, dass das Corona-Virus sich verändert hat, dass die Schutzmaßnahmen gelockert wurden. Für den ärztlichen Direktor der Uniklinik Tübingen, Nisar Malek, ist die Frage nach der Übersterblichkeit berechtigt und wurde bislang nicht beantwortet.

27.03.2024 [Cicero](#): Masken: Die Nichtevidenz war bekannt. Nach der ersten Aufregung um die freigelegten RKI-Protokolle ist es an der Zeit, die Dokumente einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Was etwa sagen sie über den Sinn der Maskenpflicht? Zwei ausgewiesene Experten haben sich die Protokolle angeschaut – und kommen zu einem verheerenden Ergebnis. Schon aus den jetzt bruchstückhaft vorgelegten Informationen aus dem RKI lässt sich konstatieren:

- 1) Den Verantwortlichen war von Beginn an bewusst, dass es keine begründbare wissenschaftliche Evidenz für eine generelle Maskenpflicht in der Bevölkerung gibt.
- 2) Die Einführung der FFP2-Maskenpflicht erfolgte sehenden Auges nicht aus epidemiologisch evidenzbasierten Gründen. Sämtliche Argumente gegen die FFP2-Maske im öffentlichen Raum waren den Verantwortlichen positiv bekannt. Folglich kann die Einführung nur sachwidrige Motive gehabt haben.
- 3) Den Verantwortlichen war bereits vor der breit einsetzenden Impfkampagne bekannt, dass die Impfung keine sterile Immunität herbeiführen kann. Sie bestanden aus diesem Grund in ihrer eigenen Logik auf eine Maskenpflicht auch bei Geimpften. Die später eingeführte 2G-Regel hatte somit zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte wissenschaftliche Grundlage.
- 4) Die weiteren Erkenntnisse verbergenden Schwärzungen indizieren die Korrektheit der vorgenannten Annahmen 1-3 und legen das Motiv einer weiteren Verdunklung nahe.

28.03.2024 [WELT](#): Die RKI-Protokolle und wie die Politik die Wissenschaft ignorierte.

28.03.2024 [WELT](#): Kritik am Verfassungsschutz. „Teilen des Verfassungsschutzes müsste selbst Kanzler Kohl als Extremist gelten“.

30.03.2024 [NachDenkSeiten](#): „Gerechtigkeit durch Wiedergutmachung?“ – Richterin Clivia von Dewitz schlägt eine Friedenskommission für den Ukraine-Konflikt vor. Die

Juristin schlägt darin vor, eine Friedenskommission nach Vorbild der südafrikanischen Truth and Reconciliation Commission (TRC) zu etablieren.

30.03.2024 [ZEIT](#): AfD-naher Pfarrer ohne Gemeinde. Wegen seiner Nähe zur AfD verliert ein Pfarrer der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) jetzt seine Pfarrstelle. Martin Michaelis, Pfarrer aus Quedlinburg in Sachsen-Anhalt, hatte zuvor angekündigt, bei der Kommunalwahl als Parteiloser für die AfD anzutreten. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland sieht darin einen Loyalitätsverstoß und hat Michaelis deshalb nun aus dem Pfarramt der Gemeinde Gatersleben entlassen. „Es ist zwar im Interesse der Kirche, dass sich Pfarrerinnen und Pfarrer auch politisch engagieren, dies gilt jedoch nicht für das Engagement in Parteien, die verfassungsrechtlich fragwürdige Positionen einnehmen“, teilte Dezernatsleiter Michael Lehmann mit.



AUFSÄTZE

Dr. h. c. Gerhard Strate: Meinungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. „Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt“, verkündete Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) auf ihrer Pressekonferenz am 13.2. zum Thema „Hass im Netz“. Diesem Umstand wolle man Rechnung tragen. In dasselbe Horn stieß Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang am selben Tag auf einer Pressekonferenz mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zum Thema „Aktuelle Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus“: Auch wenn etwas keine strafrechtliche Relevanz habe, könne es trotzdem „staatswohlgefährdend“ sein. – Solche parallelen – auch noch zeitgleich begangenen – Tabubrüche zweier Amtsträger, deren Position ein besonderes Verantwortungsbewusstsein erfordert, treiben jedem Anhänger des Rechtsstaats die Schweißperlen auf die Stirn. Dass sich die Strafbarkeitsgrenze für Meinungsäußerungen nicht willkürlich verschieben lässt, dafür hat vor wenigen Jahren noch ein Beschluss des BVerfG gesorgt (NJW 2016, 2870): Das Konzept des

noch nicht verabschiedeten Demokratiefördergesetzes, nämlich einer Zivilgesellschaft, die sich durch den Staat fördern lässt, ist grotesk. Noch grotesker ist es, dass die Alimentierung auf Richtlinien der obersten Bundesbehörden beruhen soll, die keinen Rechtsanspruch auf Förderung begründen (§ 4 Demokratiefördergesetz-E). Dem willkürlichen Belieben einer der jeweiligen Bundesregierung genehmen Administration öffnet dies Tür und Tor. Der so erzeugte Konformitätsdruck wird die Entwicklung unserer Demokratie nicht beleben, sondern eher zum Ersterben bringen. ([NJW Kolumne, beck-aktuell](#))

Dr. Jens Brauneck: Das Verantwortungsbewusstsein der Online-Plattformen ist bei der Schaffung des Digital Services Act (DSA) hoch eingeschätzt worden.

Art. 14 IV DSA überträgt den Online-Vermittlungsdiensten Funktionen von Gericht, Behörde und Partei, auch wenn darin Vorgaben bei der Entscheidungsfindung für die Löschung und Sperrung von Nutzer-Inhalten gemacht werden. Sie sind auch geprägt von der Sorge des Unionsgesetzgebers, ein Overblocking könnte die Meinungsfreiheit der Nutzer trotz zunehmender Hatespeech und Fake News übermäßig beschränken. Das könnte Fehlanreize für ein Underblocking durch Plattformen setzen. Umstritten ist, ob die allgemeinen Geschäftsbedingungen durch den DSA einer Inhaltskontrolle oder nur einer Ausübungskontrolle unterliegen. ([beck-online](#))

Unterstützen Sie unsere Arbeit gern mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Netzwerk KRiStA | IBAN: DE12 6725 0020 0009 3540 85

IMPRESSUM

Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.
Bessemersstraße 82
12103 Berlin

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Website: <https://netzwerkkrista.de>

Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder: Matthias Guericke, Karin Hark und Thomas Wagner

V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Dr. Manfred Kölsch (Bessemersstraße 82, 12103 Berlin)

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

